Antrag

beschlossen von der 199. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg
am 12. November 2026

Echte und treffsichere Entlastung für die arbeitende Bevölkerung: Energie- und Mobilitätskosten wirksam dämpfen – Bestehende Hilfen ausbauen statt Konzerne begünstigen!

Die anhaltende Teuerungswelle bei Energie, Heizen und Mobilität trifft die fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie deren Familien mit voller Wucht. Während Familien und Pendler jeden Cent zweimal umdrehen müssen, verzeichnen staatsnahe Energiekonzerne und multinationale Lieferanten oft Rekordgewinne und unverschämte Gewinnmargen auf Kosten der heimischen Konsumenten.

Pauschale Ankündigungen der Bundesregierung haben in der Vergangenheit gezeigt, dass bloße Steuermittelsubventionen ohne Marktkontrolle oft von den Konzernen geschluckt werden, anstatt direkt bei der arbeitenden Bevölkerung anzukommen. Gleichzeitig belasten bürokratische Hürden und fehlende Treffsicherheit das Budget, ohne den Leistungsträgern spürbare Luft zu verschaffen.

Aus Arbeitnehmersicht muss der Grundsatz gelten: Wer jeden Tag aufsteht und arbeitet, muss von seinem Einkommen gut leben können. Entlastungsmaßnahmen müssen unbürokratisch, unmittelbar spürbar und treffsicher sein. Daher gilt es, bestehende und bewährte Instrumente massiv zu stärken und die Energieversorger in die Pflicht zu nehmen:

Strom-Sozialtarif stärken und auf Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen ausweiten: Die Energieversorger müssen gesetzlich verpflichtet werden, leistbare Grundversorgungstarife bereitzustellen. Es kann nicht sein, dass Konzerne Übergewinne einstreifen, während Arbeitnehmerhaushalte die Stromrechnungen kaum mehr bewältigen können.

Echte Pendlerentlastung statt Schikane: Vorarlberger Pendler fahren nicht zum Vergnügen mit dem Auto, sondern weil sie verlässlich zur Arbeit kommen müssen. Die Pendlerpauschale muss endlich so weiterentwickelt und erhöht werden, dass vor allem kleine und mittlere Arbeitnehmereinkommen voll profitieren (z. B. durch Umwandlung in einen echten, einkommensunabhängigen Absetzbetrag).

Deckelung von Übergewinnen und Margen der Energieversorger: Preistreiberei an den Zapfsäulen und an den Strombörsen muss durch strenge

Margenbegrenzungen und wirksame Abschöpfung ungerechtfertigter Krisengewinne ein Riegel vorgeschoben werden.

Ausbau des Heizkostenzuschusses: Kein heimischer Haushalt darf im Winter frieren. Der Heizkostenzuschuss muss inflationsangepasst und die Einkommensgrenzen müssen spürbar angehoben werden, damit auch der Mittelstand erfasst wird.

Die 199. Vollversammlung der Arbeiterkammer Vorarlberg möge beschließen, die Bundesregierung sowie die Landesregierung aufzufordern:

1. **Energiekonzerne in die Pflicht nehmen & Margen deckeln:**
   Gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um unverschämte Gewinnmargen und ungerechtfertigte Übergewinne von Energieversorgern und Mineralölkonzernen wirksam zu begrenzen und zu unterbinden.
2. **Ausbau des Strom-Sozialtarifs:**
   Den Strom-Sozialtarif der Energieversorger auszuweiten und bürokratiearm so weiterzuentwickeln, dass neben Mindesteinkommen auch arbeitende Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen spürbar vor explodierenden Stromkosten geschützt werden.
3. **Treffsichere Reform der Pendlerförderung:**
   Die Pendlerpauschale rasch und spürbar anzuheben und in einen gerechten Pendlerabsetzbetrag umzuwandeln, damit die arbeitende Bevölkerung auf dem Weg zur Arbeit nicht weiter zur Kasse gebeten wird.
4. **Erhöhung und Anpassung des Heizkostenzuschusses:**
   Den Heizkostenzuschuss deutlich aufzustocken und die Bezugsgrenzen so anzupassen, dass auch der arbeitende Mittelstand rasch und unbürokratisch vor der Kostenexplosion bei Heizstoffen geschützt wird.